



Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in der Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs. Ústí nad Labem: Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission; Collegium Carolinum / Collegium Bohemicum, 05.10.2010-06.10.2010.

Reviewed by Marco Zimmermann

Published on H-Soz-u-Kult (December, 2010)

Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in der Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs

Die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission veranstaltete gemeinsam mit dem Collegium Carolinum und dem Collegium Bohemicum am 05. und 06. Oktober 2010 in Ústí nad Labem eine Konferenz der Projektgruppe „Diskurse von Opferverbänden: Deutschland, Tschechien und die Slowakei im Vergleich“. Zehn Nachwuchswissenschaftler präsentierten ihre aktuellen Forschungsergebnisse in den Räumen der Jan-Evangelista-Purkyně-Universität und der Nordböhmischen Wissenschaftlichen Bibliothek.

„Opfermythen sind besonders starke Mythen“, so der Vorsitzende des Collegium Carolinum, Martin Schulze Wessel in seiner Einführung. Sie seien stark historisch bedingt, auf vielfältige Weise funktional, hätten eine wichtige Bedeutung für Geschichtsnarrative und dadurch auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Im Rahmen des Projektes werde den Fragen nachgegangen, wie Opferdiskurse geführt werden, wer die Akteure seien und wie diese Diskurse auf andere gesellschaftliche Ebenen geländen.

Auf der Konferenz sollte diesen Fragen nachgegangen und die Forschungen in einen größeren Zusammenhang eingeordnet werden. Thematisch war die Tagung in drei Panels aufgeteilt. Im ersten beleuchteten die Vortragenden die Opferproblematik im Licht der Wiedergutmachung, im zweiten Panel wurden verschiedene Opferverbände analysiert, während im letzten Panel For-

men des Erinnerns den Schwerpunkt bildeten.

PETER HALLAMA (Collegium Carolinum München) konzentrierte sich in seiner theoretischen Einführung auf zwei Fragen: Welcher Platz wird Opfern und Opfergruppen in den erinnerungskulturellen Studien der letzten 30 bis 40 Jahre gewährt und wie kann die Berücksichtigung von Opfernarrativen die Methoden der memory studies bereichern? In den 1970er-Jahren sei eine Stärkung der Opferperspektive erfolgt, die mit der zunehmenden Auseinandersetzung über Alltagsgeschichte einherging. Zurückzuführen sei dies auf die „Demokratisierung“ der Geschichte, auf eine kritische Einstellung zur „Meistererzählung“ und auf das Aufkommen der Historischen Anthropologie und der Oral History. In den 1980er- und 1990er-Jahren habe sich allerdings die akademische Etablierung der memory studies unter weitgehender Ausblendung von partikularen und alternativen Gedächtnissen vollzogen. Dadurch wurde der Perspektive der Opfer keine besondere Beachtung geschenkt. Erst in den letzten Jahren gebe es eine neuerliche Hinwendung zur Opferperspektive. Es gehe nun nicht mehr alleine um den staatlichen und mehrheitsgesellschaftlichen Blick auf die Opfer, sondern auch um deren Selbstwahrnehmung – und immer stärker um die zwischen den Opfern und der Mehrheitsgesellschaft sowie dem Staat bestehenden gegenseitigen Einflüsse und Interaktionen, Übernahmen und Abgrenzungen, Konflikte und Gemeinsamkeiten.

Hallama kritisierte, dass der Begriff „kulturelles Gedächtnis“ in vielen Fällen auf gesellschaftliche und politische Eliten angewendet werde, während der konfliktreiche und heterogene Prozess der Konstitution von Repräsentationen der Vergangenheit außen vor bliebe. Daher müsse die Ebene des politischen Gedächtnisses mit dem alltäglichen Leben und mit der Frage nach der Bedeutung der Vergangenheit für den Einzelnen bzw. für die Gruppe verbunden werden. Eine Geschichte des kollektiven Gedächtnisses müsse daher als Zusammentreffen von Rezeption, Aneignung, Abwehr und Gegenentwürfen geschrieben werden, in deren Mittelpunkt soziale Praktiken, Aushandlungen, Aneignungen und Kontestationen sowie die Idee eines Mit-, Neben- und Gegeneinander unterschiedlicher Repräsentationen der Vergangenheit stehen sollten.

JULIA LANDAU (Ruhr-Universität Bochum) eröffnete mit ihrem Vortrag über die Denkmäler zur Erinnerung an die Vernichtung der ukrainischen Bevölkerung das Panel zur Wiedergutmachung. Anhand des im Norden Kievs gelegenen „Denkmalparks“ stellte sie den Wandel des Gedenkens an den Zweiten Weltkrieg vor. Während in der Sowjetunion der „Kämpfer“ im Vordergrund des Erinnerns gestanden habe, verändere sich der Begriff parallel zu den unterschiedlichen Etappen der jüngsten ukrainischen Geschichte. Parallel zu den Verhandlungen um Entschädigungen mit deutschen Stellen wandelte sich der Begriff über den „Häftling“ und das „Opfer“ hin zum „Leistungsberechtigten“. Sei die Kennzeichnung als „Kämpfer“ in der Sowjetunion noch wichtig gewesen, um einen latenten Kollaborationsverdacht auszuschließen, verkörpere der „Leistungsberechtigte“ einen agilen Akteur, der seinen Opferstatus selber nachweisen könne und sich dadurch legitimiere. Die Begriffe beschreiben daher Episoden der Entschädigung, sowohl materiell als auch psychisch, die vom Nationsbegriff der jungen Ukraine überlagert und vom politischen Diskurs instrumentalisiert würden.

SVEA LUISE HERRMANN (Leibniz Universität Hannover) forscht in einem vergleichend angelegten Projekt in Hannover über Zwangssterilisationen und Entschädigungen im demokratischen Norwegen, im faschistischen Deutschland und in der kommunistischen Tschechoslowakei. In ihrem Vortrag verglich sie die Entschädigungsmechanismen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und der Tschechoslowakei nach der samtenen Revolution 1989. Da die Sterilisationen in beiden Ländern nicht als Verbrechen, sondern als „normale“ Mittel der Bevölkerungskontrolle wahrgenommen

worden seien, hätten die Opfer Schwierigkeiten gehabt, ihre Forderungen nach Entschädigungen durchzusetzen. In beiden Staaten habe dies zu einer späten Entwicklung eines Gruppenbewusstseins der Opfer geführt.

IRIS NACHUM (Tel Aviv University) analysierte die Versuche der vertriebenen Sudetendeutschen, sich Anfang der 1990er-Jahre an jüdischen Wiedergutmachungsforderungen zu orientieren und die italienische Generali-Versicherung auf Erstattung ihrer Lebensversicherungspolice zu verklagen. In den 1950er-Jahren klagten einige jüdische Versicherte des Prager Böros der Generali auf Erstattung ihrer Lebensversicherungen, die während der deutschen Besatzung enteignet worden waren. Die Generali lehnte dies mit dem Verweis auf die spätere Enteignung des Böros durch das kommunistische Regime in der Nachkriegs-Tschechoslowakei ab, sie müssten ihre Forderungen an den tschechoslowakischen Staat stellen. Erst Anfang der 1990er-Jahre lenkte die Versicherung ein und richtete in Israel einen Entschädigungsfond ein. Aufgrund dieses Erfolgs versuchten die vertriebenen Deutschen ebenfalls, eine Entschädigung zu erreichen, die aber mit der gleichen Begründung aus den 1950ern abgelehnt wurde: Die Geschädigten sollten sich an den tschechoslowakischen Staat wenden. Nachum stellte nun die Frage, warum die jüdischen Forderungen erfüllt, die deutschen aber abgewiesen wurden. Zur Erklärung führte sie die Begriffe des „würdigen“ und „unwürdigen“ Opfers des Historikers Elazar Barkan ein. Da die Sudetendeutschen als „unwürdige“ Opfer wahrgenommen würden, fehle ihnen schlicht die Möglichkeit, moralischen Druck auszuüben. Da Wiedergutmachungsforderungen aber immer auch Vehikel seien, um Gruppenzugehörigkeit zu konstruieren und in das öffentliche Bewusstsein vorzudringen, sei nicht Wiedergutmachung, sondern Gruppenkonsolidierung und „Öffentlichkeit“ das Ziel der sudetendeutschen Forderungen gewesen.

BETTINA GREINER (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) eröffnete am nächsten Tag das Panel „Verbrechen“. In ihrem Vortrag schilderte sie den Kampf der Speziallagerhäftlinge der DDR um gesellschaftliche Anerkennung. Nach dem Krieg wurden in NKWD-Lagern ca. 154.000 Häftlinge festgehalten, trotzdem gab es in der Öffentlichkeit erst Anfang der 1990er-Jahre eine Reaktion. Das Interesse der Medien war zwar immens, hielt sich aber nur kurz. Welchen Grund gebe es also für das öffentliche Desinteresse an den Opfern der Speziallager? Greiner führte ein Beispiel an: Die Speziallager sind interpretierbar, denn

es ist nicht klar, welchen Zweck sie verfolgten. Man wisse nicht, ob es um Umerziehung, Terror oder Bestrafung ging und daher nicht, ob die Insassen Opfer oder Täter gewesen seien. Daraus folge ein grundlegendes Problem von Opferdiskursen: Opfer müssen unschuldig sein. Die Illegitimität der Schädigung und nicht die Schädigung selbst bestimme den Opferstatus. Anhand ihrer Untersuchungen von 77 publizierten Haftberichten konnte Greiner zeigen, dass alle Berichte streng dokumentarisch geschrieben wurden, um mittels Fakten alle Zweifel am Opferstatus auszuräumen und dadurch auszuschließen, zu den Tätern gerechnet zu werden.

K. ERIK FRANZEN (Collegium Carolinum München), Koordinator der Projektgruppe, stellte anschließend die Opferverbände der DDR vor. Zuerst war auch in der SBZ die Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes als Vertretung der Opfer tätig, sah sich aber nach der Gründung der SED mit deren absolutem Machtanspruch konfrontiert. Zunächst sei zwischen „Kämpfer“ und „Opfer“ stark differenziert worden. Erst 1950 habe es eine Richtlinie zu einem breiteren Opferbegriff gegeben, jedoch habe sich die Partei vorbehalten, bestimmte Gruppen auszuschließen. Franzen brachte dies auf die griffige Formel: „Wer Opfer war, bestimmte die Partei!“ 1953 wurde dann das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer gegründet. Dieses Komitee sei eine Kaderorganisation der SED gewesen, ein „Kämpferverband“ ohne Unterbau und damit ohne Rechenschaftspflicht gegenüber einer Mitgliederbasis. Die Aufgabe sei die „Popularisierung“ des Helden gewesen. Franzen ging anschließend auf die Probleme des Komitees ein: War es nur ein Kämpferverband oder auch eine Opfervertretung? Oder fungierte es als bloße Plattform für die Verbreitung eines vorgegebenen sozialistischen Heldenbilds des Widerstands gegen den Nationalsozialismus? Das Leiden vieler Betroffener sei zwar nicht verschwiegen, allerdings gleichgeschaltet und dadurch anonymisiert worden. Eine Massenbasis habe gefehlt, da die SED Angst vor der Unkontrollierbarkeit einer Mitgliederorganisation gehabt habe. Dadurch habe sie ihrem Verband allerdings die Legitimation entzogen.

SIMON LOIDL und PETER MÄRZ (beide Landesarchiv Österreich Salzburg) bearbeiten seit zwei Jahren den Bestand des österreichischen Landesverbandes des Bundesverbandes ehemals politisch Verfolgter. Dieser Verband war für die Anerkennung der „Widerstandskämpfer“ zuständig. Neben der Anerkennung des Opferstatus sei die wichtigste Aufgabe des Verbandes gewesen, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu thematisieren. Bei der Entnazifizierung habe der

Verband jedoch keine aktive Rolle gespielt.

KATRIN SCHRÄDER (Ludwig-Maximilians-Universität München) vergleicht in ihrer Dissertation die Verbände der Zwangsarbeiter in Polen und Tschechien, die sich nach der Systemtransformation 1989/1990 gründeten. Da die ehemaligen Zwangsarbeiter des NS-Regimes über Jahrzehnte kaum als Opfer wahrgenommen worden seien, bestand die Hauptaufgabe der Verbände darin, die Öffentlichkeit aufzuklären und eine Entschädigung zu fordern. Laut Schröder habe der polnische Verband aktiver in der Öffentlichkeit gewirkt, in Tschechien sei der Verband weit weniger erfolgreich gewesen. Der Versuch, ein Entschädigungsgesetz im tschechischen Parlament durchzusetzen sei an der mangelnden Einigkeit der Opfer und dem fehlenden Versändnis in der Öffentlichkeit gescheitert.

STEPHAN SCHOLZ (Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg) eröffnete das letzte Panel „Erinnerung“ mit seinem Vortrag über das Bild der Frau im deutschen Vertreibungsdiskurs. Scholz Hauptthese ist, dass der deutsche Vertriebenendiskurs sich in den letzten 30 Jahren auf das Leiden der Frauen konzentrierte. Dies geschehe nicht zufällig, sondern müsse in Verbindung mit der zunehmenden Wahrnehmung einer Mitschuld der Wehrmacht an den Verbrechen der Nationalsozialisten gesehen werden. In den 1950er- und 1960er-Jahren sei der Mann noch als Held und Beschützer der Familien präsent gewesen, während die Frau meistens das Opfer dargestellt habe. Von Beginn der 1980er-Jahre verschwinde der Mann völlig und werde von weniger diskreditierten Frauen und Kindern abgelöst. Der Wechsel hin zur Frau stehe aber auch für andere Implikationen. Die Frau sei ein Symbol für die Unschuld, während die Kinder für die Jugend stünden und so signalisieren, dass die Vertriebenen nicht ausstarben. Die Stifter der Denkmäler ließen sich zudem oft als Kind mit ihrer Mutter darstellen, um das Martyrium und den Heldenmut der Frau zu betonen.

VĀCLAVA KUTTER BUBNOVĀ (Ludwig-Maximilians-Universität München) untersuchte in ihrem Vortrag den Diskurs über das „Zigeunerlager“ Lety bei Pásek in der tschechischen Republik anhand von Reden tschechischer Politiker verschiedenster Parteien in den letzten 15 Jahren. Bei ihrer Auswertung folgt sie den Fragen, wer in den Augen der tschechischen Gesellschaft Sinti und Roma-Opfer sind, wie sie definiert werden, wie das Thema in den Medien wiedergegeben wird und wie die Sinti und Roma selbst die Opfer von Lety betrachten. Bis 1989 existierte kein Gedenken an

das Lager Lety, weswegen 1974 dort auch eine Schweinefarm errichtet werden konnte, die bis heute existiert. Die Diskussion über das Lager war erst aufgekommen, nachdem die EU gefordert hatte, die Schweinefarm zu entfernen. In den untersuchten Reden sei niemand auf die Überlebenden eingegangen, die Sinti und Roma seien als Opfer des Holocausts bzw. die Ermordung als Roma-Holocaust bezeichnet worden, und in den Medien sei heftig um den Begriff „Konzentrationslager“ gestritten worden. Der jetzige Staatspräsident Václav Klaus sprach in einer Rede davon, dass Lety ein Lager für „Leute die nicht arbeiten wollen“ gewesen sei. Dies stelle die Grundtendenz des Diskurses dar: Die Opfer stünden nur selten im Mittelpunkt, vielmehr haben die Redner die Gelegenheit genutzt, um aktuelle Themen der Sinti und Roma-Minderheit in Tschechien anzusprechen. Bubnová kommt zu dem Schluss, dass die Opfer der Sinti und Roma in der tschechischen Gesellschaft entweder vergessen, ignoriert oder bewusst ausgegrenzt worden seien. Erst durch die EU-Intervention sei Bewegung in die Diskussion gekommen, ebenso wie in die Selbstwahrnehmung der Opfer. Das Ergebnis sei der Umbau der Gedenkstätte Lety und ihre Eröffnung im Jahr 2010 gewesen, die tschechische Täterschaft (tschechische Gendarmen haben das Lager bewacht) sei aber bisher nur vom ehemaligen Staatspräsident Václav Havel und der Abgeordneten der Grünen, Kateřina Jacques, thematisiert worden.

Die verschiedenen Opferdiskurse wurden auf der Konferenz aus mehreren Perspektiven und auf unterschiedlichsten Ebenen betrachtet. Dabei wurde von allen Beteiligten besonderer Wert darauf gelegt aufzuzeigen, wie ein Opferdiskurs entstand und sich weiterentwickelte. Gerade im kommunistisch regierten Ost- und Mitteleuropa stand zuerst der Widerstandskämpfer im Vordergrund, der verschiedene Vergünstigungen und Anerkennung erfuhr, während nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Möglichkeit, finanzielle Entschädigungen für Zwangsarbeit zu erhalten, das „Opfer“ in den Vordergrund des Diskurses rückte. Insgesamt erlaubte die Konferenz einen kompakten und gut komponierten Einblick in die aktuelle Forschung und legte die komplizierten Wechselwirkungen offen, die auf Opferverbände und ihre Diskurse wirken. Hieran lässt sich erkennen, wie und warum ein Diskurs sich in eine bestimmte Richtung bewegt und welche gesellschaftliche Bedeutung er dadurch gewinnt.

Konferenzübersicht:

Einführung

Martin Schulze Wessel (Collegium Carolinum München): Begrüßung

Peter Hallama (Collegium Carolinum München): Die Perspektive der Opfer in den Memory Studies.

Panel Wiedergutmachung

Moderation Karol Sauerland (Jan Evangelista-Purkyně-Universität Äst nad Labem)

Julia Landau (Ruhr-Universität Bochum): Vom „Kämpfer“ und „Häftling“ zum „Opfer“ und „Leistungsberechtigten“ – Politische Semantik in der Ukraine vor dem Hintergrund der Entschädigungszahlungen an ehemalige NS-Zwangsarbeiter.

Svea Luise Herrmann (Leibniz Universität Hannover): Victims between Group Status and Individualization – Framing processes in the politics of reparations for victims of involuntary sterilization in Germany and the Czech Republic.

Iris Nachum (Tel Aviv University): Im Schatten der Juden: Die Wiedergutmachungsforderungen der Sudeten-deutschen.

Panel Verbände

Moderation Kristina Kaiserová (Jan Evangelista-Purkyně-Universität Äst nad Labem)

Bettina Greiner (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen): Opfer „zweiter Klasse“? Speziallagerhäftlinge und ihr Kampf um gesellschaftliche Anerkennung.

K. Erik Franzen (Collegium Carolinum München): Heldenopfer/Opferhelden: Das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR.

Simon Loidl / Peter März (Landesarchiv Oberösterreich Salzburg): „die sichersten Garanten gegen den Faschismus“ – Die Geschichte des Landesverbandes ehemals politisch Verfolgter Oberösterreich.

Katrin Schröder (Ludwig-Maximilians-Universität München): Kooperation und Konkurrenz. Die Verbände der Zwangsarbeiter in Polen und Tschechien in den 1990er Jahren.

Panel Gedächtnis / Erinnern

Moderation Frank Hadler (Universität Leipzig)

Stephan Scholz (Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg): Opfer – Märtyrerin – Heldin? Das Bild der Frauen im deutschen Vertreibungsdiskurs.

Václava Kutter Bubnová (Ludwig-Maximilians-Universität München): Sinti und Roma – Vergessene oder ignorierte Opfer? Tschechische Erinnerung an Sinti und Roma Opfer des Nationalsozialismus am Beispiel von Lety bei Pásek.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Marco Zimmermann. Review of , *Opfernarrative. Konkurrenzen und Deutungskämpfe in der Nachgeschichte des Zweiten Weltkriegs*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. December, 2010.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=32150>

Copyright © 2010 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.